

schungsvorhaben. Mit Bezug auf den Interessenbereich dieser Zeitschrift ist hier Jan Erik Schultes Studie über die Ausbeutung der Zwangsarbeit von Juden in dem SS-Unternehmen „Ostindustrie GmbH“ herauszugreifen, das seit Anfang 1943 im Generalgouvernement mehrere Produktionsstätten errichtete. Noch im Aufbau befindlich, wurde das Projekt im November jäh abgebrochen, nachdem es in den Gettos von Warschau und Bialystok sowie in Vernichtungslagern zu Revolten gekommen war und Himmler Befehl erteilt hatte, die jüdischen Arbeitshäftlinge unverzüglich zu ermorden. Gabriele Lotfi betrachtet die Entwicklung der „SS-Sonderlager im nationalsozialistischen System“ u.a. am Beispiel von Stutthof/Danzig und Soldau (Działdowo), wo 1939/40 „Polizeihaftlager“ für polnische Zivilgefangene entstanden. Während letzteres zum „Arbeitserziehungslager“ umgewandelt wurde, nahm Himmler das Danziger Lager in den Kreis der KL auf. Quasi in Ergänzung zu seiner Dissertation befaßt sich Bernd C. Wagner in „Gerüchte, Wissen, Verdrängung“ mit der Frage, wieviel die örtlichen Repräsentanten der IG Farbenindustrie seinerzeit über die Menschenvernichtung im benachbarten Tötungszentrum Auschwitz-Birkenau gewußt haben. Bernward Dörner schließlich untersucht anhand deutschen Aktenmaterials über „Todesurteile gegen Judenhelfer“ die NS-justizielle Ahndung der Judenhilfe zwischen 1942 und 1944 in den annektierten westpolnischen Gebieten, im Generalgouvernement und im „Protektorat“. Er offenbart sowohl die Beweggründe der „im Osten“ tätigen deutschen Staatsanwälte und Richter, die glaubten, „Reichsfeinde“ und deren Komplizen zu verfolgen, als auch – mittelbar – die Motive der hilfs- und risikobereiten Pol(inn)en und Tschech(inn)en.

An einem exemplarischen Fall leisten die vier Bände insgesamt viel für die realhistorische Aufarbeitung der NS-Herrschaft in den eroberten Gebieten. Noch mehr ließe sich bei solchen Großprojekten freilich durch eine enge Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus Polen oder Tschechien erwarten.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

**Barbara Fijałkowska: Partia wobec religii i kościoła w PRL.** [Das Verhältnis der Partei zu Religion und Kirche in der Volksrepublik Polen.] Bd. 1: 1944-1955. Bd. 2, Teil 1: 1956-1963. Wydawnictwo Uniwersytetu Warmińsko-Mazurskiego. Olsztyn 1999-2000. 256 S., 31 Abb. i. Anh.; 300 S.

Die katholische Kirche in Polen spielte auch während der Volksrepublik in der polnischen Gesellschaft eine führende geistige und gesellschaftliche Rolle und stand daher in bezug auf den geistig-moralischen bzw. ideologischen Führungsanspruch in scharfer Konkurrenz zur herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR). Konnte die PZPR in den Anfangsjahren des „Aufbaus des Sozialismus“, d.h. in den Jahren des Stalinismus, durch Repressionen und Internierung kirchlicher Persönlichkeiten einen vorübergehenden Triumph im Ringen mit der katholischen Kirche verbuchen, so gelang es ihr nicht, den gesellschaftlichen Einfluß der katholischen Kirche zu vernichten, die schließlich einen wesentlichen Beitrag zum Sturz des kommunistischen Regimes im Jahre 1989 leistete.

Obwohl die ideologische Haltung der PZPR durch die theoretischen Schriften des Marxismus bzw. Kommunismus vorgegeben war und ihr ideologisches Konkurrenzverhältnis zur katholischen Kirche deutlich zu erkennen ist, bedarf das Verhältnis von Staat und Kirche trotz einiger vorliegender Studien im allgemeinen und die Haltung der Einheitspartei gegenüber der Religion und der katholischen Kirche im besonderen noch einer grundlegenden wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Dieses Desiderat versucht Barbara Fijałkowska mit der hier erst zum Teil vorliegenden umfangreichen Studie zu schließen. Als grundlegende Prämisse setzt sie voraus, daß der Kampf gegen die Kirche und die katholische Religion unverändert eines der strategischen Hauptziele der Kommunisten war, das seit der Gründung des Lubliner Komitees im Jahre 1944 bis zu ihrem Sturz im Jahre 1989 verfolgt wurde. Dabei klassifiziert sie in der Einleitung die These, daß es der Partei in bezug auf die Religionspolitik nur darum

gegangen sei, daß Religion und Kirche die gläubigen Bürger nicht daran hinderten, sich am Aufbau des Sozialismus zu beteiligen, als reine Propaganda. Die Vf.in betont dagegen, daß die Kommunisten sich wie in keinem anderen gesellschaftlichen Bereich unverändert der gleichen leninistischen bzw. leninistisch-stalinistischen Grundsätze bedienten und lediglich die Taktik und die Methoden des Vorgehens änderten, ohne vom strategischen Ziel der endgültigen Eliminierung von Religion und Kirche aus dem Leben des Volkes abzuweichen. Sie kommt daher insgesamt zu dem Schluß, daß sich diese Politik nicht in ihren Grundlagen, sondern nur in ihren Methoden und den Mitteln des Vorgehens änderte, die administrativ, politisch oder auch ökonomisch, restriktiv oder liberal, gesetzmäßig oder illegal sein konnten und denen häufig die Konsequenz fehlte, indem sich Liberalisierung mit Terror und Willkür mit Zureden mischte.

F. teilt das Vorgehen der PZPR gegenüber der polnischen Kirche in drei große Abschnitte ein, die sich im wesentlichen mit den Hauptphasen der Geschichte der Volksrepublik decken und die sich in der Anlage der Studie in insgesamt drei Bänden widerspiegeln: vom Beginn des Wirkens des Lubliner Komitees bis zur Endphase des Stalinismus in Polen 1955, von Entwicklungen, die dem „Taufwetter“, d.h. der Entstalinisierung, und der Rehabilitierung Gomułkas vorangingen, bis zum Ende der Gomułka-Ära 1970 und schließlich von der politischen und Wirtschaftskrise der beginnenden 1970er Jahre bis zum Sturz der PZPR im Jahre 1989.

Die vorliegenden Bände geben daher leider erst einen Teil der Analyse der Haltung der PZPR gegenüber der katholischen Kirche wieder, wobei in ihnen die Arbeitsthese bestätigt wird, indem die Vf.in Schlüsselereignisse bzw. -aspekte in der Bekenntnis- und Religionspolitik, wie z.B. die Frage nach einem Konkordat, aufgreift und anhand dieser die Äußerungen von PZPR-Funktionären und -Ideologen diskutiert.

Das Verdienst der Studie liegt jedoch nicht allein in der Auswertung der Warschauer Archivmaterialien (Partei- und Ministerialakten) und der publizierten Dokumente in bezug auf dieses Verhältnis, sondern auch in einem ausführlichen Dokumentenanhang, in dem wichtige, bisher unveröffentlichte Quellen abgedruckt sind. Zu bedauern ist lediglich, daß sich die Vf.in völlig auf die Haltung der PZPR gegenüber der katholischen Kirche konzentriert und diejenige gegenüber den weitaus kleineren und weniger einflußreichen Religionen und Bekenntnisgemeinschaften überhaupt nicht berücksichtigt. Die vorliegenden Bände leisten bereits einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der jüngsten polnischen Geschichte, zu hoffen bleibt aber, daß die folgenden (Teil-)Bände diese Studie bald vervollständigen und abrunden.

Mettmann

Heidi Hein

**Aleksander Pawlicki: Kompletna szarość. Cenzura w latach 1965-1972.** Instytucja i ludzie. [Grau in grau. Die Zensur in den Jahren 1965-1972. Die Institution und ihre Mitarbeiter.] (W krainie PRL.) Wydawnictwo TRIO. Warszawa 2001. 168 S.

Die aus einer Magisterarbeit an der Universität Warschau hervorgegangene Studie von Aleksander Pawlicki über das Wirken des Hauptamtes für die Kontrolle von Presseorganen, Veröffentlichungen und Aufführungen (*Główny Urząd Kontroli Prasy, Publikacji i Widowisk*, GUKPPW) in der Volksrepublik Polen beschränkt sich auf die Jahre, in denen Józef Siemek als Direktor der Zensurbehörde amtierte. Der Vf. hat damit einen Untersuchungszeitraum zugrunde gelegt, in dem die Überwachung der veröffentlichten Meinung organisatorisch reformiert und inhaltlich systematisiert wurde – lange nach dem Versiegen der letzten antikommunistischen Publikationen der unmittelbaren Nachkriegszeit und vor dem Entstehen eines sog. zweiten Umlaufs unerlaubt zirkulierender Schriften und Druckwerke. Die mit einem Dokumentenanhang versehene Untersuchung (S. 129-166) bietet eine willkommene Ergänzung zu dem bereits in den 1970er Jahren erschienenen „Schwarz-